

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Vöhringer, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Clemens, sehr geehrter Herr Bürgermeister Gangl,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es ist nicht einfach als sechster Redner hier noch die Aufmerksamkeit und Gehör zu finden.

Aber ich verspreche Ihnen, während die Vorredner von Sparen gesprochen haben, werde ich das nicht nur ankündigen, sondern auch tatsächlich sparen, mit den Worten.

Um es gleich vorweg zu sagen, den Antrag der Verwaltung unter dem Titel „Fortführung Haushaltskonsolidierung“ trägt die LINKE nicht mit, weil aus unser Sicht hier 80.000 € sinnlos aus dem Fenster rausgeworfen werden sollen, was das Gegenteil des Sparens darstellt.

Bekanntlich kann man das Ziel eines unter Einbeziehung der Abschreibungen ausgeglichenen Haushalts, auch in den Nachfolgejahren ab 2020 dadurch erreichen, indem man die Einnahmen aus der Gewerbesteuer erhöht, aber da müsste man sich mit den Mächtigen in der Stadt und Gesellschaft anlegen. Das traut sich aber weder die Verwaltung noch die Mehrheit des Gemeinderats. Also sollen wie schon im Jahr 2009 für viel Geld wieder Vorschläge erarbeitet werden, welche, wie alle von der letzten Runde der Konsolidierung noch wissen, letztlich auf Kosten der Ärmsten in der Stadt den Haushalt angeblich sanieren, die aber letztlich nicht nachhaltig sind.

Denn Reinigungskräfte, die in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, Musiklehrerinnen und Musiklehrer, die in die Selbständigkeit ohne soziale Absicherung gedrängt werden, stehen irgendwann auf dem Amt und müssen Grundsicherung oder Wohngeld beantragen, weil sie von ihren Einnahmen oder ihre Rente nicht leben können.

In der dann zu erwartenden Konsolidierungsdiskussion wird möglicherweise die FDP erneut beantragen, der OB solle seinen Dienstwagen selber fahren und die Stelle des Fahrers möge gestrichen werden. Das ist nicht nur populistisch, sondern reine Symbolpolitik. Ich gönne dem OB seinen Fahrer, wenn es endlich hilft, dass er seine Entscheidungen schneller trifft. Ich kenne den geflügelten Satz: „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“ aus dem Bundestag.

Dort wurde er immer benutzt, wenn man notwendige Entscheidungen hinauszögern wollte. Auch wenn ich Ihnen zustimme, dass Politik ein Ergebnis eines gründlichen Abwägungsprozesses sein muss, bedeutet es nicht, dass dieser Abwägungsprozess Jahre dauern muss.

Es war zum Beispiel seit vielen Jahren klar, dass die Tiefgarage am Marktplatz saniert werden muss, aber trotzdem hat sich die Verwaltung mit der Politik der kleinen Pflaster begnügt. Je länger die notwendige Sanierung verschleppt wird, umso teurer wird sie. Gerade in der Niedrigzinsphase wäre es auch vertretbar, wenn man die Sanierung der Tiefgarage kreditfinanziert hätte. Viel schlimmer als der nachfolgenden Generation Schulden zu hinterlassen, ist es ihnen eine kaputte Infrastruktur zu übergeben.

Wir brauchen auch eine zügige Entscheidung zum Bürgerzentrum „Domo Novo“. Es ist kein Geheimnis, dass die LINKE dieses Projekt unterstützt. Ich will es mir sparen, die Vorteile dieses Projekts aufzuzählen. Ich weiß sehr wohl um die Risiken. Bei allem Verständnis für die Abwägungen des OB, die mir nicht ganz abwegig erscheinen, muss man das Projekt dennoch in die Entscheidungsphase führen. Und sollte die

Mehrheit des Gemeinderats diesem Projekt nicht zustimmen, dann ist so, aber die Entscheidung darüber sollte noch in den Haushaltsjahren 2018/2019 fallen. Dem Haushaltsplan war nicht zu entnehmen, dass für dieses Projekt Mittel bereitgestellt würden.

Sehr geehrter Herr Gangl, Sie haben eine beeindruckende Liste von Investitionen vorgelegt. Was ich beschämend finde, dass immer noch keine Investitionen eingeplant wurden, um eine der Schulen in Sindelfingen barrierefrei zu machen, wie wir es bereits mehrfach angeregt und beantragt haben. Wenn die Bildung Schlüssel für die Zukunft ist, dann muss es auch für Kinder mit Handicap gelten. Die geplanten barrierefreien Bushaltestellen sind gut, barrierefreie Schulen wären noch besser.

Zum guten Leben gehört auch gute Arbeit und Sicherheit für Lebensplanung. Deswegen sollte die öffentliche Hand Vorbild sein, was die Beschäftigungsverhältnisse angeht. Daher wollen wir, dass alle sachgrundlosen Beschäftigungen bei der Stadt in unbefristete Arbeitsverhältnisse überführt werden. Das würde auch einen Motivationsschub auslösen und der Fluktuation, die immer wieder zum Stillstand in manchen Ämtern führt, vorbeugen.

Dem Haushaltsplan entnehme ich, dass erhöhte Einnahmen im Bereich der Kindertagesstätten, der Musikschule und dem Badezentrum vorgesehen sind. Es kann sein, dass sie mit mehr Nutzern dieser Einrichtungen rechnen. Aber vielmehr ist zu befürchten, dass die Verwaltung plant in diesen Bereichen die Gebühren zu erhöhen.

Wir hätten uns gewünscht, dass, wie in Heilbronn, die KiTa-Gebühren abgeschafft würden, weil die Bildung von Kindergarten bis zur Uni gebührenfrei sollte. Wir wissen aber, dass für unsere Forderung keine Mehrheit in diesem Gemeinderat gegeben ist. Wir werden uns aber nicht mit weiteren Gebührenerhöhungen abfinden.

Daher beantragen wir im Haushaltsjahr 2018/2019 keine Gebühren in den drei genannten Bereichen zu erhöhen. Die geplanten Erhöhungen sind für die Einnahmen im Haushalt nicht entscheidend, aber für die einzelnen Eltern und Nutzer kann die Erhöhung ausschlaggebend dafür sein, das Nutzungsverhältnis zu beenden, was zu Lasten der Kinder erfolgt.

Das ist mit der LINKEN nicht zu machen.

Wir erwarten von der Verwaltung, dass Sie den 10-Punkte-Plan in der Wohnungspolitik ernst nimmt, damit die Nachfrage nach einem für untere und mittlerer Einkommen bezahlbaren Wohnraum befriedigt werden kann. Wenn städtische Grundstücke an Privatinvestoren verkauft werden, müssen diese sich verpflichten mindestens 30 Prozent der Wohnungen in diesem Bereich herzustellen.

Weiterhin muss die Problematik der fehlenden der wohnortnahen Versorgung in einzelnen Stadtteilen unter Mitarbeit der städtischen Wirtschaftsförderung angegangen werden. Sich damit abzufinden, dass Geschäfte in den Stadtteilen schließen, das ist keine Lösung. Da es kein Problem allein unserer Gemeinde ist, sollte über den Städtetag und die internationalen interkommunalen Vereinigungen, in denen wir Mitglied sind, nach interessanten Projekten zur Lösung gesucht werden, die man übernehmen könnte.

Es ist gut, wenn die Stadt Sindelfingen beim Prozess der Digitalisierung nicht abseitsstehen will, sondern diesen mitgestalten möchte. Uns wäre wichtig, dass hierbei darauf geachtet wird, dass ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger und Menschen, die sich modernste Digitaltechnik nicht leisten können, dabei nicht abgehängt werden. Vielmehr muss man ihnen dabei helfen an der Digitalgesellschaft teilzunehmen.

Zuletzt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wurde bereits im letzten Haushaltsentwurf klein gerechnet, obwohl die Wirtschaft gebrummt hat und die Wirtschaftszeitungen Riesengewinne bei dem Unternehmen mit dem Stern vorhersagten. Wenn Sie diese erneut für die mittelfristige Planung klein rechnen, dann entsteht eine

Unterdeckung im Haushalt, die Sie dann letztlich damit bekämpfen wollen, dass Sie mehr Menschen in prekäre Verhältnisse bringen und dadurch die Kaufkraft senken, die für den Einzelhandel vor Ort wichtig ist.

Daher kann ich nur dazu raten, entweder die Schätzungen der Gewerbesteuereinnahmen zu erhöhen oder über die Erhöhung auf 390 Punkte bei der Gewerbesteuer dafür zu sorgen, dass kein Haushaltsdefizit entsteht. Ich plädiere anders als die FDP nicht für die Senkung. Es ist auch falsch Sindelfingen mit den Nachbarstädten zu vergleichen, da ist es schon angemessen mit Automobilstandorten zu vergleichen. Da ist Mannheim seit 2012 mit 430 Punkten, Heilbronn mit 400, Ingolstadt mit 400, Esslingen mit 390, Rastatt mit 390. Daran sieht man das Sindelfingen mit 380 Punkten an der unteren Skala liegt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.